



Pressemitteilung

Das Leugnen der Lieferengpässe bei Arzneimitteln ist unverantwortlich

- **Beschwichtigung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach entsprechen nicht der Versorgungsrealität**
- **Engpässe bei Medikamenten nehmen weiter zu**
- **Mehraufwand bei Apotheken, Hausarzt- und Zahnarztpraxen steigt**
- **Tägliche wachsende Herausforderung für das Gesundheitswesen**

Düsseldorf, Köln, Krefeld, Herdecke 19.09.2024. Der Herbst steht vor der Tür und erfahrungsgemäß steigt der Bedarf an Medikamenten. Die bestehende Versorgungslücke könnte sich weiter verschärfen. Nach wie vor sind über 500 verschreibungspflichtige Medikamente nicht vorrätig oder nur mit Verzug lieferbar. Antibiotika, Antidepressiva, Asthma-Mittel, Insulin, Herz- und Krebsmedikamente, Schmerzmittel – die Liste der nicht verfügbaren Wirkstoffe steigt. Hauptgründe sind Produktionsausfälle und Lieferschwierigkeiten. Für Hausarzt- und Zahnarztpraxen und Apotheken bedeutet dies Mehraufwand, der besonders in Zeiten hoher Infektionszahlen und vollen Wartezimmern eine zusätzliche Belastung für die Mitarbeitenden erbringt. Ist das verschriebene Medikament eines bestimmten Herstellers nicht vorrätig, muss mit den Patienten eine neue Medikation besprochen werden. Die Umstellung auf Präparate mit ähnlichen Wirkstoffen ist immer mit einer Beratung verbunden. Oft müssen Therapiepläne geändert werden, da die Wechselwirkungen der Medikamente weitere Umstellungen in der Medikation notwendig machen. Die Patienten zeigen zwar Verständnis, wenn ihr gewohntes Medikament nicht verfügbar ist. Aber problematisch sind Medikamente, für die es wenig Alternativen gibt.

„Die Lieferengpässe von Arzneimitteln sind eine bittere Realität in der täglichen Versorgung unserer Patienten. Die andauernden Beschwichtigungen aus dem Bundesgesundheitsministerium und auch von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach selber zeigen, wie fernab von der Versorgungswirklichkeit dort Gesundheitspolitik betrieben wird. Die aktuelle Aussage vom 18.09.2024 von Herrn Lauterbach in der BILD, die Lieferengpässen hätten sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert, entspricht nicht den Tatsachen. Alle am Versorgungsprozess Beteiligten wissen das und die Patienten erleben es tagtäglich millionenfach. Nur vom Bundesgesundheitsminister wird das geleugnet. Das ist unverantwortlich und ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Patienten und der Heilberufe Ärztin/ Arzt und Apothekerin/ Apotheker“, stellt das Aktionsbündnis klar.

Neben der Wirkungslosigkeit der politischen Maßnahmen der Bundesregierung besteht ein weiterer Grund für die Engpässe bei Medikamenten in der ausschließlich auf größtmöglichen Ertrag angelegten Forschung und Produktion der Hersteller und die Verlagerung der Herstellung ins Ausland. Die Bereitstellung von ausreichend vielen Medikamenten, die nicht mehr



patentiert sind und daher niedrige Preise haben, scheint zugunsten profitabler Arzneimittel vernachlässigt zu werden. Nur wirtschaftlich geprägte Interessen der Pharmahersteller gehen zulasten der Patientenversorgung.

Ärzte und Apotheker verhindern Versorgungsnotstand

Der Versorgungsnotstand konnte bisher nur vermieden werden, weil die Arztpraxen und Apotheken vor Ort in enger Abstimmung die Verfügbarkeit der benötigten Medikamente klären und die immer größer werdenden Versorgungslücken durch Alternativen schließen. Allerdings müssen die Hersteller stärker in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung genommen werden. Ihre Rolle ist entscheidend für die Gewährleistung einer zuverlässigen, sicheren und effektiven medizinischen Versorgung. Die Verantwortung für die kontinuierliche Verfügbarkeit und Verteilung von Medikamenten liegt primär bei den Pharmaherstellern. Sie müssen sicherstellen, dass ihre Produkte zuverlässig produziert und geliefert werden. Apotheken, Hausarztpraxen und Zahnarztpraxen haben die Verpflichtung, die bestmögliche medizinische Versorgung für die Patienten zu gewährleisten. Sie können weder Lückenbüßer für Pharmahersteller, die Lieferverpflichtungen nicht nachkommen, noch für eine verfehlte Bundesgesundheitspolitik sein.

Ansprechpersonen für weitere Informationen:

Apothekerverband Nordrhein e.V.: Dr. Peter Szynka, Leiter Öffentlichkeitsarbeit
Tersteegenstraße 12, 40474 Düsseldorf, Tel.: 0211/43917-26, P.Szynka@av-nr.de

Hausärztinnen- und Hausärzterverband Nordrhein e.V./ HVPLUS eG:
Monika Baaken Pressesprecherin
Edmund-Rumpler Str. 2, 51149 Köln Tel. 0171/6462700, monika.baaken@3imland.de

Verband medizinischer Fachberufe e. V.
Cindy Schüren, 1. Vorsitzende Landesverband West
Rosenstraße 4 A, 58313 Herdecke Tel. 02330/6039614, cschueren@vmf-online.de
Heike Rösch, Pressebüro
Valterweg 24-25, 65817 Eppstein Tel. 06198/5759878, presse@vmf-online.de oder
hroesch@vmf-online.de

Freier Verband Deutscher Zahnärzte
Dr. Oktay Sunkur, 1. Vorsitzender Landesverband Nordrhein
Melanchthon Str. 5, 47805 Krefeld, Telefon: 02151/ 82 11 50, o.sunkur@dr-sunkur.de